

Kinderreport 2017: Befunde zur Demokratiekompetenz und Demokratieerziehung von Kindern und Jugendlichen

Kai Hanke

Für den Kinderreport 2017 wurden im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes zwei Erhebungen von Infratest dimap durchgeführt: Repräsentativ befragt wurden 623 Kinder und Jugendliche sowie 1.080 Erwachsene (deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren). Durch die parallele Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport in jährlichem Rhythmus einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Zusätzlich erfolgt bei jedem Kinderreport eine vertiefte Auseinandersetzung mit einem Schwerpunktthema, das nur im betreffenden Jahr und nur bei den Erwachsenen abgefragt wird.

Inhaltliche Kernthemen der Befragungen stellten wie in den vergangenen Jahren die Bekanntheit von Kinderrechten, Gründe für Kinderarmut sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland dar. Aufgrund der Bundestagswahl im Herbst 2017 und angesichts der aktuellen Diskussionen über die Verfasstheit unserer Demokratie geht der Kinderreport 2017 in seinem Schwerpunkt auf die Demokratiekompetenzen von Kindern und Jugendlichen ein. Im Einzelnen wurden Erwachsene dazu befragt, ob sie der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zutrauen, Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen, welche gesellschaftlichen Akteure die Hauptverantwortung für die Demokratieerziehung der Kinder und Jugendlichen tragen und welche Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei Kindern und Jugendlichen geeignet sind. Nachfolgend werden diese Ergebnisse kurz dargestellt.

Ein Drittel zweifelt an der Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation

Im vergangenen Jahr wurde nicht nur vor dem Hintergrund globaler Krisen sowie dem Zuzug von geflüchteten Menschen nach Deutschland und Europa verstärkt über einen zunehmenden Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungskompetenz der Politik und die damit verbundenen Herausforderungen für die Demokratie in Deutschland diskutiert. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die Frage nach der Zukunft unserer Demokratie bezogen auf die Demokratiefähigkeit der derzeitigen Erwachsenen von Bedeutung. Wichtig ist vor allem auch die Frage, wie sich unsere Demokratie in längerfristiger Zeitperspektive entwickelt und welche Rolle Kinder und Jugendliche dabei spielen sollen und können.

In die Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation haben die erwachsenen Befragten mehrheitlich Vertrauen: Knapp zwei Drittel (64 Prozent) trauen der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie in Deutschland zu übernehmen.

Allerdings zeigt sich immerhin ein Drittel (33 Prozent) skeptisch, ob sich die heutigen Kinder und Jugendlichen verantwortlich für unsere Demokratie einsetzen können und werden. Bemerkenswert ist, dass das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit zunehmendem Lebensalter steigt: zwar bringen auch jüngere Erwachsene im Alter von 18-29 Jahren der nachfolgenden Generation mehrheitlich Vertrauen entgegen (58 Prozent), ältere Bürger über 60 Jahren sprechen der jüngeren Generation jedoch deutlich häufiger ihr Vertrauen aus (68 Prozent). Klare Unterschiede gibt es in der Bewertung dieser Frage auch entlang der monatlichen Haushalts-Nettoeinkommen. In der eher ärmeren Bevölkerung ist das Vertrauen in die jüngere Generation mit 53 Prozent unterdurchschnittlich ausgeprägt, während in gutsituierten Haushalten die positive Einschätzung dieser Frage mit 69 Prozent deutlich höher liegt.

Auch mehr als 25 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten fällt auf, dass in Sachen Demokratie und Demokratiefähigkeit die Bewertungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland noch immer sehr unterschiedlich sind. So bringen in der Frage der Demokratiefähigkeit der jüngeren Generation 65 Prozent der Westdeutschen dieser Vertrauen entgegen, im Osten liegt die Zustimmungsrate mit 58 Prozent merklich darunter. Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der Kinder und Jugendlichen besteht mehrheitlich auch in den Anhängerschaften aller politischen Parteien, jedoch in unterschiedlich starker Ausprägung: rund acht von zehn Anhängerinnen und Anhängern der FDP (84 Prozent) und der Grünen (78 Prozent) trauen der heutigen Jugend zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen. Im Lager der SPD (69 Prozent) und der Union (66 Prozent) sprechen etwa zwei Drittel der Anhänger den Jugendlichen ihr Vertrauen aus. Etwas geringer fällt das Zutrauen in den Reihen der Linken und der AfD aus: knapp sechs von zehn Anhänger der AfD (58 Prozent) und der Linken (56 Prozent) glauben an die Demokratiefähigkeit der jüngeren Generation, gut vier von zehn zweifeln jedoch an, dass die Jugendlichen später Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie übernehmen können.

Wie beschrieben ist das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen bei jüngeren Erwachsenen besonders gering. Ein möglicher Grund liegt auf der Hand: Kinder und Jugendliche, die nicht erfahren, dass ihre Meinung in der Politik zählt und wahrgenommen wird, haben auch als Erwachsene wenig Vertrauen darin, dass es nachfolgende Generationen anders ergehen wird und sind somit demokratischen Prozessen gegenüber kritischer eingestellt. Jüngere Generationen erleben zudem unmittelbar, wie schwierig politische Mitbestimmung und Auseinandersetzungskultur ist, wenn sie nicht geübt wird, wenn es keine frühzeitige und praktische Erfahrung damit gibt.

Demokratielerziehung: Hauptverantwortung bei Familie und Bildungseinrichtungen

Bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten sind nach Ansicht der Befragten die Familie und das Elternhaus zentral: für neun von zehn Befragten (90 Prozent) trägt hauptsächlich das familiäre Umfeld die Verantwortung dafür, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. Hier liegen die Bewertungen in West- und Ostdeutschland fast gleichauf, und auch die verschiedenen Alterskohorten kommen zu annähernd gleichen Einschätzungen.

Unterschiede sind in bei der Verantwortungszuweisung allerdings anhand des Bildungsabschlusses festzustellen: Familie und Elternhaus weisen Menschen mit Haupt-/Volksschulabschluss mit 86 Prozent wesentlich seltener die Verantwortung in dieser Frage zu als Menschen mit Abitur/Fachhochschulreife (94 Prozent).

Eine wesentliche Rolle bei der Demokratieerziehung wird auch den Bildungseinrichtungen zugesprochen: zwei Drittel (65 Prozent) der Bevölkerung sind der Ansicht, dass Kitas und Schulen für die Ausbildung demokratischer Fähigkeiten die Hauptverantwortung haben – wobei jüngere Bürger unter 30 Jahren (74 Prozent gegenüber 63 Prozent bei Menschen über 60 Jahren) und Personen mit formal höherer Bildung (75 Prozent gegenüber 58 Prozent bei Menschen mit Haupt-/Volksschulabschluss) die öffentlichen Bildungseinrichtungen wesentlich stärker in der Pflicht sehen.

Für etwa jeden Achten (12 Prozent) kommt den Sportvereinen besondere Verantwortung bei der Vermittlung demokratischer Werte zu, jeder Zehnte (10 Prozent) sieht die Hauptverantwortung bei den politischen Parteien. Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie Kinder- und Jugendverbände werden hingegen seltener als hauptverantwortliche Akteure der Demokratieerziehung eingestuft (jeweils 7 Prozent).

Die Zuweisung der Verantwortung für die Förderung von demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen an Familie und Elternhaus ist über alle politischen Lager hinweg sehr stark ausgeprägt. Aber auch hier lohnt sich ein genauere Blick. Die höchste Zustimmung ist bei den Anhängerinnen und Anhängern von FDP und Grünen (jeweils 94 Prozent) zu verzeichnen, bei SPD, Linken und Union sind die Werte mit 93 Prozent bzw. 90 und 89 Prozent nur unwesentlich geringer. Die geringste Zustimmungsrates in dieser Frage ist bei AfD-Anhängerinnen und -Anhängern zu verzeichnen (83 Prozent).

Differenzierter sieht es bei der Zuweisung einer wesentlichen Rolle bei der Demokratieerziehung in Bildungseinrichtungen aus. Die höchste Zustimmung ist bei den Anhängerinnen und Anhängern von Grünen (79 Prozent), Linken (72 Prozent) und Union (69 Prozent) zu verzeichnen, deutlich geringer fällt die Zuweisung in den Reihen der SPD und FDP (jeweils 60 Prozent) und vor allem der AfD (56 Prozent) aus. Bei der Bewertung der Verantwortung von Schule und Kita spielt auch die Ortsgröße eine wesentliche Rolle: Die Verantwortungszuweisung bezüglich der Vermittlung von Demokratiekompetenz in Bildungseinrichtungen liegt in Kommunen bis 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei 63 Prozent, während in Großstädten über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 71 Prozent Schule und Kita eine wesentliche Rolle zuweisen.

Unterstützung von Maßnahmen zur Demokratieerziehung

Weitgehend einig sind sich die Befragten, dass die Kinder- und Jugendarbeit stärker finanziell unterstützt werden sollte, um demokratische Überzeugungen und Werte zu fördern: gut neun von zehn (92 Prozent) halten mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit in diesem Zusammenhang für eine sinnvolle Maßnahme. Diese Ansicht ist in allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften mehrheitlich Konsens. Von ähnlicher Relevanz ist nach Ansicht der Bevölkerung die Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichtes in Schulen – für ebenfalls neun von zehn Befragten (89 Prozent) ein sinnvoller Weg zur Vermittlung demokratischer Werte.

Hier lohnt der Blick auf die Parteianhängerinnen und Parteianhänger: So halten bei Linken (95 Prozent), FDP (94 Prozent), SPD (93 Prozent), Union (92 Prozent) und Grünen (89 Prozent) die Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichtes in Schulen für sinnvoll, während im Lager der AfD nur 80 Prozent dieser Meinung sind.

In diesem Zusammenhang plädieren gut drei Viertel (78 Prozent) dafür, dass politische Bildung Pflichtfach in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern sein sollte. Diese Forderung wird in den westlichen Bundesländern (80 Prozent) etwas häufiger als in den östlichen Bundesländern (71 Prozent) unterstützt. Größere Unterschiede in dieser Frage sind auch bei den Befragten mit Haupt-/Volksschulabschluss (72 Prozent) und Abitur/Fachhochschulreife (83 Prozent) zu verzeichnen.

Geteilt sind die Meinungen, ob politische Bildung bereits in der Grundschule Teil des Lehrplans sein sollte. Knapp die Hälfte (48 Prozent) erachtet dies als sinnvoll, die andere Hälfte (51 Prozent) ist gegenteiliger Auffassung. Eher skeptisch, ob politische Bildung schon in der Grundschule einsetzen sollte, sind insbesondere die Anhänger der AfD (43 Prozent) und der FDP (49 Prozent), während im Lager von Grünen und Union (jeweils 54 Prozent), Linken (57 Prozent) und vor allem der SPD (63 Prozent) Mehrheiten in dieser Frage zu verzeichnen sind. Besonders skeptisch wird die Frage der politischen Bildung schon ab der Grundschule von Eltern mit Kindern unter 14 Jahren gesehen: Hier stimmen nur 36 Prozent zu, während der Rest der Befragten mit 52 Prozent mehrheitlich knapp zustimmen.

Eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik halten gut vier Fünftel (83 Prozent) für wünschenswert. Auch hier gibt es deutliche Unterschiede entlang der politischen Präferenzen: Insbesondere Grüne- (96 Prozent) und FDP-Anhänger/-innen (90 Prozent) stimmen dem zu, während bei Linken (87 Prozent), SPD (83 Prozent) und Union (82 Prozent), vor allem aber im Lager der AfD (77 Prozent) eine etwas skeptischere Haltung in dieser Frage festzustellen ist. Bemerkenswert ist auch: Eltern mit Kindern unter 14 Jahren wünschen sich eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik wesentlich häufiger als der Rest der Befragten (87:81 Prozent). Das gilt entsprechend auch für die Alterskohorten bis 59 Jahren (86 Prozent) gegenüber den älteren Befragten über 60 Jahren (77 Prozent).

79 Prozent der Befragten schreiben den Trainerinnen und Trainern in Sportvereinen eine wichtige Funktion bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen zu – wobei der Stellenwert, den die Befragten einer Vorbildfunktion der Trainer im Sport zumessen, mit zunehmendem Lebensalter steigt: von 69 Prozent bei den 18- bis 44-Jährigen auf 86 Prozent bei den über 60-Jährigen. Parteipolitische Präferenzen spielen auch hier wieder eine große Rolle. So weisen 96 Prozent der FDP-Anhänger/-innen Trainerinnen und Trainern in Sportvereinen eine wichtige Funktion bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen zu, SPD und Union folgen mit 84 bzw. 83 Prozent schon in großem Abstand. Noch geringer sind die Werte bei Grünen und AfD mit 80 bzw. 77 Prozent, während nur 73 Prozent der Linken-Anhänger/-innen das so sehen.

Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen ist für zwei Drittel (66 Prozent) ein sinnvoller Weg der Demokratieerziehung. Für eine stärkere Mitbestimmung der Jugendlichen sprechen sich Frauen (73 Prozent) deutlich häufiger als Männer (58 Prozent) und Jüngere (72 Prozent) deutlich häufiger als Ältere (56 Prozent) aus. Auch zeigen sich Unterschiede nach Parteipräferenz: während die Anhängerinnen und Anhänger von Linken (84 Prozent) und Grünen (82 Prozent) mit deutlicher Mehrheit für eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte plädieren und auch in den Reihen von SPD (69 Prozent) und Union (60 Prozent) eine stärkere Mitbestimmung begrüßt würde, sieht dies im Lager der FDP mit 52 Prozent nur eine knappe Mehrheit für sinnvoll an. Bei der AfD halten sich hier Zustimmung und Ablehnung die Waage (49:49 Prozent).

Schlussfolgerungen

Die Vermittlung von Demokratiefähigkeit ist aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes letztlich immer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Blick auf die Ergebnisse des Kinderreports 2017 eröffnet dabei besorgniserregende Befunde wie beispielsweise das geringe Vertrauen Erwachsener in die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, die Demokratie in Deutschland auch zukünftig zu bewahren. Andererseits liefert der Kinderreport 2017 aber auch Hinweise darauf Strategien, wie unsere Demokratie durch die Förderung demokratischer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen gestärkt werden kann. Wenn diese Förderung von nachhaltiger Wirkung sein soll, muss sie frühzeitig einsetzen und vor allem milieuübergreifend erfolgen. Demokratie ist ein gelebter Wert unserer Gesellschaft. Sie normiert das Zusammenleben der Bürger und gibt den Rahmen für politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse vor. Demokratie ist aber nur dann verwirklicht, wenn alle Bürgerinnen und Bürger sie als Option zur tatsächlichen Selbstentfaltung begreifen. Diese Selbstentfaltung ermöglicht der oder dem Einzelnen sowohl Selbstausdruck als auch Mitbestimmung, verliert aber gleichzeitig die Positionen und Bedürfnisse anderer nicht aus dem Blick. Eine derartige Verbindung aus Selbstverwirklichung und Gemeinwohlinteresse ist immer Freiheit und Herausforderung gleichermaßen, die mit Leben gefüllt und offensiv gegen Bedrohungen verteidigt werden muss – und zwar jeden Tag aufs Neue.

Anmerkungen

Die Gesamtergebnisse des Kinderreports 2017 finden sich auf der Homepage des Deutschen Kinderhilfswerkes: www.dkhw.de

Autor

Kai Hanke ist Leiter der Abteilung »Programm« und Referent Medien beim Deutschen Kinderhilfswerk e.V. Bei seiner Tätigkeit setzt er sich u. a. mit Kinderpolitik, Kinderkultur und Medien auseinander.

Kontakt

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Kai Hanke

Leipziger Straße 116 - 118

10117 Berlin

Tel. (0 30) 30 86 93-25

E-Mail: hanke@dkhw.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de